

A1a: Für eine demokratische Wahl der Themen für die Nationalratswahlen

Antrag zuhanden der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 17. September 2022 in Chur (GR)

Antragsteller*innen: Tanja Blume (JUSO Emmental), Mehdy Henrioud (JSV), Magarida Janeiro (JSV), Mélanie Rufi (JSV), Lucien Schwed (JSG), Jakub Walczak (JUSO Stadt Bern)

Die JUSO legt die Schwerpunktthemen ihrer Kampagne für die Nationalratswahlen 2023 der Basis zur Abstimmung vor. Die Auswahl dieser Themen erfolgt durch einen demokratischen Prozess, in dem die Basis die Möglichkeit hat, Vorschläge zu machen.

Begründung:

Das Auswahlverfahren, nach dem die Geschäftsleitung die Themen für die Nationalratswahlen 2023 auswählt, ist fragwürdig. Bemängeln kann man beispielsweise, dass Migration, ein Thema, das die Linke unbedingt aufgreifen muss, erst recht nach dem gescheiterten Frontex-Referendum und der Erhöhung vom Budget dieser Organisation, in eine der Wahlmöglichkeiten des vierten Themas verbannt wird.

Ausserdem sind wir der Meinung, dass die Wirtschaft ein analytischer Blickwinkel und kein Thema unserer Kampagne sein sollte. Diese Ansicht mag in der JUSO umstritten sein, aber sie zeigt die internen Debatten auf, die die Wahl der Schwerpunktthemen auslöst, und damit auch die Notwendigkeit einer echten basisdemokratischen Entscheidung über diese Themen.

*Die Themen der Kampagne sind wichtig, da unzählige Kandidat*innen für diese eintreten werden. Deshalb ist es auch wichtig, dass sich die Kandidat*innen mit den Themen identifizieren.*

Darüber hinaus sind diese Themen repräsentativ für unsere politische Ausrichtung. Die Themen, die wir im Wahlkampf nach aussen tragen, sind klar unsere Kernthemen. Und die Entscheidung über die politische Linie der JUSO liegt bei der Basis.

Uns ist bewusst, dass das Timing knapp ist, aber unsere Erfahrung mit der Arbeitsweise der Geschäftsleitung und des Zentralsekretariats zeigt uns, dass Kampagnen oft in kurzer Zeit aufgezogen werden. So beispielsweise auch die Kampagne der JUSO Schweiz gegen die AHV21, die erst vor wenigen Wochen richtig angelaufen ist. Wir sind deshalb der Meinung, dass die JUSO Schweiz durchaus in der Lage wäre, eine Kampagne für die Wahlen im Herbst 2023 vorzubereiten, die sich auf eine im November 2022 oder sogar im Februar 2023 getroffene Grundentscheidung stützt. Solch ein basisdemokratischer Auswahlprozess scheint uns daher mit der internen Planung der Kampagne vereinbar zu sein.

Darüber hinaus denken wir, dass die JUSO Schweiz die nötigen Ressourcen hat, um einen basisdemokratischen Auswahlprozess durchzuführen. Bei der Auswahl unseres Großprojektes hat sie einen solchen Prozess bereits umgesetzt. Die Themen der Nationalratswahlen könnten über eine abgespeckte Version dieses Prozesses ausgewählt werden.

Abschließend möchten wir daran erinnern, dass diese Debatte bereits 2018 stattgefunden hat, als die Wahlkampfthemen für die Nationalratswahlen 2019 festgelegt wurden. Die damalige Geschäftsleitung argumentierte, dass es damals zu spät gewesen sei, um die Themen zu ändern, aber dass sie bei den nächsten nationalen Wahlen demokratisch ausgewählt werden könnten.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme (Gegenantrag ist A1b).

A1b: Die JUSOs Schweiz treten bei eidgenössischen Wahlen 2023 an

Antrag zuhanden der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 17. September 2022 in Chur (GR)

Antragssteller*innen: Geschäftsleitung JUSO Schweiz

Die JUSO Schweiz tritt bei den eidgenössischen Wahlen graphisch einheitlichen 2023 an. Die JUSO legt Feminismus, Klima, Wirtschaft und Migration als Hauptthemen ihrer Kampagne für die Nationalratswahlen 2023 der Basis zur Abstimmung vor.

Begründung:

In rund einem Jahr finden die eidgenössischen Wahlen statt - genauer gesagt am 22. Oktober 2023. Eidgenössische Wahlen geben Parteien eine öffentliche Plattform und mediale Aufmerksamkeit. Diese Chance muss auch die JUSO nutzen. Die JUSO Schweiz tritt also primär an, um ihre Inhalte und Schwerpunkte unter die Leute zu bringen. So gibt es schweizweit die Möglichkeit den öffentlichen Diskurs massgeblich mitzuprägen und zu verschieben.

Die Hauptthemen des JUSO-Wahlkampfes 2023 sind Feminismus, Klima, Wirtschaft¹ und Migration.² Das vierte Thema, Migration, wurde direkt von den kantonalen Sektionen durch eine Umfrage ausgewählt. Ein Vorgehen, das gewählt wurde, weil die demokratische Teilhabe an diesem Entscheid im Vergleich zum Auswahlprozess vor 4 Jahren gestärkt werden sollte. Für diese vier Hauptthemen werden konkrete Forderungen aufgestellt, die einen Einblick geben sollen, wie ein gutes Leben für alle erreicht werden kann.

*Wir bedauern, dass die Antragssteller*innen mit dem Anliegen nicht früher im Prozess auf uns zugekommen sind und das Anliegen mit uns besprochen haben. Was die 3 Hauptthemen sein werden, wurden bereits im April und dann an der Sektionskonferenz erneut erläutert. Ausserdem wurde der straffe Zeitplan mitgeteilt, um aufzuzeigen, dass die Ausarbeitung von Inhalten und Grafikarbeiten viel Zeit in Anspruch nehmen. Obwohl wir oft schnell und reaktiv arbeiten, ist dies bei diesem Prozess nicht möglich, da wir mit einem Grafikbüro arbeiten werden und eine klare Abstimmung respektive Abgrenzung zu anderen linken Kampagnen gefunden werden muss. Die erneute Öffnung der Diskussion würde diese essentielle Weiterarbeit erschweren und wir könnten den Zeitplan nicht einhalten.*

*Die Inhalte der 4 Themenblöcke werden in den kommenden Monaten ausgearbeitet: Die Ausarbeitung erfolgt in Themengruppen, die zusammengesetzt sind aus circa 5 Menschen aus verschiedenen (Sprach-)Regionen. Es sind möglichst Expert*innen auf dem Gebiet. Wenn Menschen daran interessiert sind, können sie ab heute Abend sich dafür anmelden und an einer ersten Sitzung teilnehmen. An der kommenden Jahresversammlung wird über die Wahlplattform, ergo die ausgearbeiteten Inhalte, demokratisch abgestimmt. Jetzt kommt die Zeit, in der die Basis den Wahlkampf aktiv mitgestalten kann, diese Entscheidung über die 4 Schwerpunktthemen gibt uns die Möglichkeit, einen thematischen Wahlkampf in diese Richtung auszuarbeiten:*

Der Wahlkampf der JUSO Schweiz wird im Zeichen ihrer Visionen und des Kämpferischen stehen. Zusammen mit der Initiative für eine Zukunft steht der JUSO-Wahlkampf im Zeichen des schönen Lebens für alle.

¹ Wirtschaft im Sinne von Verteilungsgerechtigkeit, einfach breiter gefasst, um noch Themen wie «Arbeitsrechte» hineinzunehmen.

² Diese Namen sind nicht definitiv, sie gelten nur als Rahmen für die Ausarbeitung

*Wie erreichen wir das? In erster Linie müssen wir überhaupt einmal eine Zukunft haben. Dafür braucht es eine andere Klimapolitik. Den Behauptungen und leeren Versprechen der Lobbyist*innen im nationalen Parlament, dass wir durch Innovation die Klimakrise überwinden können, muss die JUSO entgegenwirken. Die Reichen, die für diese Krise verantwortlich sind, sollen dafür bezahlen und nicht die 99%. Das Ziel des schönen Lebens für alle kann aber nicht erreicht werden, solange nur einige wenige vom Wirtschaftssystem profitieren. Der Kampf dafür, dass Kapital nicht nur im Besitz des reichsten 1% landet, ist dabei essenziell. Denn nur, wenn alle ein gleich grosses Stück des Kuchens bekommen, kommen wir unserem Ziel näher. Solange Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität, ihres Körpers und ihrer Klassenzugehörigkeit diskriminiert werden, können wir nicht vom schönen Leben sprechen. Eine Voraussetzung für das schöne Leben für alle ist, dass die herrschenden patriarchalen Strukturen überwunden werden, denn klar ist, eine bessere Zukunft ist feministisch. Schweizer Konzerne beuten den globalen Süden aus, Rüstungsfirmen verdienen mit Krieg Geld und machen sich die Hände schmutzig. Aber die Menschen, die von Naturkatastrophen oder von Krieg flüchten müssen, werden als Feindbilder angesehen. Genau deshalb ist es so wichtig, greifen im Wahljahr 23 nicht nur die Konservativen das Thema Migration auf, sondern auch die JUSO. Der Schweizer Bevölkerung muss klar werden: Der Wert eines Menschen hängt nicht von seiner Herkunft, seiner Hautfarbe, seiner Klasse oder seines Glaubens ab. Denn am Ende des Tages haben alle ein schönes Leben verdient. Und dafür setzt sich die JUSO im eidgenössischen Wahlkampf 2023 entschieden ein.*

Diese 4 Themen werden beispielsweise auf einheitlichen Flyern und der Wahlplattform öffentlich gepusht. Es ist wichtig, dass unser visueller Auftritt einheitlich ist, damit die Menschen auf der Strasse und im Internet die produzierten Inhalte leicht als die der JUSO Schweiz erkennen können. Unsere Kampagne wird somit gestärkt, wenn alle Sektionen den gleichen visuellen Auftritt haben.

Zusätzlich werden aber noch weitere Themen einen wichtigen Stellenwert haben und als Bildungsmöglichkeit in Form von Dossiers zur Verfügung gestellt werden. Auch kantonal werden Sektionen die Möglichkeit haben zusätzliche Themen zu behandeln. Für die vier Hauptthemen können regional auch spezifische Forderungen entwickelt werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annehmen.

A3: Unterstützung Klimafonds-Initiative

Antrag der Geschäftsleitung zuhanden der Delegiertenversammlung vom 17. September 2022 in Chur (GR).

Die JUSO Schweiz unterstützt die Klimafondsinitiative der SP Schweiz, GRÜNE Schweiz und weiteren Organisationen.

Begründung:

*Die SP Schweiz und die GRÜNE Schweiz lancieren mit weiteren Partner*innen gemeinsam die «Klimafondsinitiative». Sie fordert, dass die öffentliche Hand zur Bekämpfung der Klimakrise jährlich 0.5 – 1% des BIPs der Schweiz aus einem “Klimafonds” in verschiedene Bereiche investiert (entspricht heute 3.5 - 7.5 Mia CHF pro Jahr). Damit bietet die Initiative ähnlich wie Initiative für eine Zukunft der JUSO eine Alternative zur vorherrschenden Klimapolitik: weg von individueller Verantwortung hin zu Massnahmen, die demokratischer abgestützt sind. Die Finanzierungsfrage wird von der Initiative jedoch nicht abschliessend geklärt. Insbesondere die Möglichkeit von neuen Staatsschulden steht als Vorschlag im Raum.*

*Damit fordert die Initiative zumindest die Hälfte einer sozial gerechten Klimapolitik, indem sie auf der Seite der Massnahmen von der individualistischen Logik wekommt. Die Initiant*innen legen einen starken Fokus auf öffentliche Investitionen als Antwort auf die Klimakrise. Dies bedeutet, dass der Staat die grossen Investitionen tätigen soll, die für den Umbau des Energie- und des Transportsystems sowie für die Forschung und Entwicklung nötig sind. Dieser Schritt ist wichtig, um klarzumachen, wie die Klimakrise gelöst werden kann und muss: demokratisch legitimiert und nicht über die träumerische Vorstellung einer innovativen Privatwirtschaft, die sich trotz Profitorientierung selbst dekarbonisieren wird. Anders als die Initiative für eine Zukunft setzt die Klimafondsinitiative jedoch keinen “Umbau der Gesamtwirtschaft” für einen konsequenten Klimaschutz voraus. Die Bereiche, in welche die Gelder fliessen sollen und die Wirtschaftsstruktur die umgebaut werden muss, werden also deutlich enger gefasst.*

*Darüber hinaus lässt die Klimafondsinitiative die Finanzierungs- und damit die Machtfrage bewusst offen. Die Initiant*innen machen verschiedene Vorschläge, wie die Milliardensummen mobilisiert werden könnten, wobei die Finanzierung über neue Staatsschulden im Zentrum steht. Neue Verschuldung stellt für einen Staat wie die Schweiz tatsächlich eine einfache Möglichkeit dar, an Geld zu kommen, besonders wenn die Gelder anschliessend investiert werden und über neue Infrastruktur ein “Gegenwert” entsteht. Die Finanzierung über Schulden lässt jedoch bewusst die Macht- und Systemfrage ausser Acht. Für eine sozial gerechte Klimapolitik müssen die Massnahmen auch gerecht finanziert werden und dies heisst, dass diejenigen bezahlen müssen, die am meisten von der Klimazerstörung und dem kapitalistischen System dahinter profitiert haben. Nichtsdestotrotz ist eine Finanzierung über Schulden oder über den ordentlichen Bundeshaushalt besser als eine Finanzierung wie heute, wo relevante Teile der Investitionssummen über die Lenkungsabgaben wie jene auf Brennstoffe aufgetrieben werden.*

In der Finanzierungsfrage liegt folglich neben dem eingeschränkten Verständnis der umzubauenden Wirtschaft der grösste Unterschied zwischen der Klimafondsinitiative und der Initiative für eine Zukunft. Auch wenn die Initiative die Macht- und Systemfrage deutlich weniger stellt, ist sie begrüssenswert. Deshalb beantragt die Geschäftsleitung, die Volksinitiative zu unterstützen.

Initiativtext:

Initiative für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt «Klimafonds-Initiative»

Art. 103a: Förderung einer sozial gerechten Energie- und Klimapolitik

1 Bund, Kantone und Gemeinden bekämpfen die menschengemachte Klimaerwärmung und ihre gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen in Übereinstimmung mit den internationalen Klimaabkommen. Sie sorgen für eine sozial gerechte Finanzierung und Umsetzung der Massnahmen.

2 Der Bund unterstützt insbesondere:

- a) die Dekarbonisierung von Verkehr, Gebäuden und Wirtschaft;
- b) den sparsamen und effizienten Energieverbrauch, die Versorgungssicherheit und den Ausbau der erneuerbaren Energien;
- c) die notwendigen Aus-, Weiterbildungs- und Umschulungsmassnahmen inklusive finanzielle Beiträge für den Ausgleich des Einkommensausfalls während der Ausbildungszeit;
- d) nachhaltige und natürliche Karbonsenken;
- e) die Stärkung der Biodiversität, namentlich zur Bekämpfung der Folgen der Klimaerwärmung.

3 Für die Finanzierung der bundeseigenen Vorhaben und für finanzielle Beiträge an die Vorhaben von Kantonen, Gemeinden und Dritter verfügt der Bund über einen Investitionsfonds. Der Fonds oder vom Bund beauftragte Dritte können auch Kredite, Garantien und Bürgschaften gewähren.

4 Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

Art. 197 Ziff. 15 2

15. Übergangsbestimmung zu Art. 103a (Förderung einer sozial gerechten Energie- und Klimapolitik)

Der Fonds gemäss Artikel 103a Absatz 3 wird vom Bund spätestens ab dem dritten Jahr nach Annahme von Artikel 103a durch Volk und Stände bis 2050 jährlich mit Mitteln in der Höhe von 0,5–1 Prozent des Bruttoinlandproduktes gespeist. Dieser Betrag wird im Höchstbetrag der im Voranschlag zu bewilligenden Gesamtausgaben gemäss Artikel 126 Absatz 2 nicht mitgerechnet. Er kann angemessen gesenkt werden, wenn die Schweiz ihre nationalen und internationalen Klimaziele erreicht hat.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen.

A4: Für eine effiziente Nutzung der Redezeit an den Delegiertenversammlungen

Antrag zuhanden der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 17. September in Chur (GR)

Antragsteller*innen: Aida Demaria (GISO Ticino), Mehdy Henrioud (JSV), Margarida Janeiro (JSV), Matthew Meyer (JSG), Mirko Ondras (JSG), Mélanie Rufi (JSG), Lucien Schwed (JSG), Romuald Siess (JSJ), Maxime Weissbaum (JSF)

Die Delegiertenversammlungen sind das höchste Organ der Partei und damit der Ort, an dem unsere interne Demokratie im Wesentlichen ausgeübt wird. Die Ausübung dieser internen Demokratie, d.h. die Diskussionen und Abstimmungen über die Positionen der Partei sowie das Wählen der Parteiorgane, ist die Kernfunktion der Delegiertenversammlung.

Lange Wortmeldungen von Einzelpersonen, insbesondere sogenannte offizielle Reden und die Vorstellung von Kandidat*innen bei stillen Wahlen nehmen an den Delegiertenversammlungen tendenziell viel Zeit in Anspruch, obwohl sie nicht aktiv zur Ausübung der internen Demokratie beitragen.

Die JUSO ergreift Maßnahmen, um die Zeit zu reduzieren, die durch Wortmeldungen beansprucht wird, die nicht zu einer Debatte oder Diskussion beitragen, insbesondere bei Einführungsreden und stillen Wahlen.

Begründung:

*Die Antragsteller*innen sind sich bewusst, dass die Reden an Versammlungen eine bedeutende Rolle in der Parteikultur haben. Aus diesem Grund beinhaltet der Antrag keine konkreten Zahlen oder Maßnahmen, sondern fordert grundsätzlich, die Dauer der nicht unbedingt notwendigen Reden zu reduzieren. Dieser Antrag zielt nicht darauf ab, sie völlig verschwinden zu lassen, sondern soll eine interne Reflexion über ihren Platz und ihre Rolle anregen.*

Es gibt immer wieder Kritik an der Länge der Reden, vor allem unter den Mitgliedern der lateinischen Schweiz. Tatsächlich wird eine Mehrheit der Reden auf Deutsch gehalten (trotz der Bemühungen der deutschsprachigen Parteimitglieder, die wir zu schätzen wissen) und die Reden werden nicht übersetzt. Es handelt sich also für einen Teil der Delegierten um Redezeit, die nur schwer verständlich ist.

Die Intensität einiger Debatten zwingt den Versammlungsvorsitz regelmäßig dazu, die Dauer der Wortmeldungen zu kürzen, insbesondere gegen Ende der Delegiertenversammlung. Wir denken, dass es dem Bedürfnis der Basis nach einer Debatte gerechter wird, wenn stattdessen die Zeit reduziert wird, die für Reden aufgewendet wird.

Wir sehen verschiedene Lösungsansätze, um diese Wortmeldungen zu reduzieren. Eine erste Möglichkeit wäre, die Rede des Präsidiums am Anfang der Versammlung zu kürzen. Wir sind der Meinung, dass sie auch bei einer Begrenzung auf drei Minuten ihre Wirkung behalten könnte.

Ein weiterer Vorschlag ist, auf die "Fürrede" bei einer stillen Wahl in die Geschäftsleitung zu verzichten. Eine dritte Möglichkeit wäre, die Dauer der Abschiedsreden zu begrenzen. Wir wissen, dass diese Abschiedsreden für die Personen, die aus der Geschäftsleitung zurück treten, eine persönliche Bedeutung haben, glauben aber, dass es möglich ist, einen Mittelweg zu finden.

Deshalb wollen wir in der Partei eine bewusste Reflexion darüber anstossen, wie wir die Zeit an den Delegiertenversammlungen nutzen wollen. Wir bitten euch daher, unseren Antrag zu unterstützen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annehmen.

A5: Für eine konsequente Mate-Versorgung an JUSO Schweiz Veranstaltungen (mit Bar)

Antrag zuhanden der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 17. September 2022 in Chur (GR)

Antragsstellende: David Sommer (Aargau), Valentin Köpfli (Stadt Zürich), Céline Demierre (Zürich Unterland), Fernando Frauenfelder (Stadt Zürich), Toja Brenner (Basel-Land), Ramona Knaus (Basel-Land), Felix Enz (Basel-Land), Jakub Walczak (Stadt Bern), Daniel Ingebrand (Basel-Stadt), Gian Lusti (Zürich Oberland), Noctua Chen (Aargau), Katja Schäfer (Basel-Land), Leah Heuri (Stadt Zürich), Bertil Munk (JS Vaud), Jony Daum (Zürich Oberland), Tony Mattioli (Aufbau Zürich), Lois Schulz (Stadt Zürich), Ben Guerne-Kieferendorf (Aargau), Nika Jenni (Aargau), Nadine Aeschlimann (Stadt Bern), Gianna Schläpfer (Aargau), Oliver Daepp (Stadt Bern), Arsena Odermatt (Zug)

Es ist der 31. Juli 2022, SOLA Zeit. Leicht verkatert und viel zu müde kämpfe ich mich durch die Gänge. Das Morgenessen habe ich verschlafen (wie eigentlich immer). Kurz vor dem WWS Start watschle ich an der Bar vorbei und höre eine Stimme in meinem Kopf: «Es Mate währ jetzt fein», Ich blicke auf die Getränkliste und muss mit Schrecken feststellen: KEIN MATE IM ANGEBOT... Ich fasse mir an den Kopf. «Wie werde ich dieses Lager nur durchstehen?» Ich stürzte in ein Loch, ja fast schon eine Existenzkrise und realisiere: Dieses Lager wird hart werden.

D.S. aus N.

Wir schreiben den 29.7.22 Ich bereite mich auf das SOLA vor. Mein erstes Lager mit der JUSO (Ich freue mich mega). Ich schaue in meine Tasche und sehe es ist noch Platz für so 3 El Tonys. «Die choche bi de JUSO doch d Spaghetti mit Mate, dort hets safe gnuet» Ich lasse sie im Kühlschrank.

Zeitsprung 30.7.2022

Bett bezogen, Kleider ausgepackt. Ich trällere dabei die Internationale und bekomme davon einen trockenen Hals. «Jetzt hani glust uf es Mate, auf zur Bar!» Ich bin schockiert. Kein Mate. Ich bin Megatruurig.

N. SCH. aus M

Der Mate-Entzug macht mir zu schaffen als Person mit einer selbstdiagnostizierten Matesucht. Ich habe konstante Suchterscheinungen, ich träume von Mate, ich denke an Mate, ich... ich vermisse Mate.

Das schlimmste an der ganzen Sache ist das die Geschäftsleitung augenscheinlich Mate für sich selbst Organisiert hat, es bildet sich eine zwei Klassen Gesellschaft. Die JUSO kann ohne Mate nicht funktionieren und die Tatsache das sich die GL ein Mate-Monopol durch ungleichen Wissensstand erbaut hat ist nicht akzeptabel.

Das Mate-Monopol der GL (und Arsena) gehört enteignet und rückverteilt an die Basis.

N. C.

Das JUSO SOLA ist für mich ein Lichtblick im neoliberalistischen Alltag. Und so war ich auch dieses Jahr wieder begeistert, dass ich trotz Lohnarbeit die Zeit fand an diesem wichtigen Anlass teilzunehmen. Doch meine hoffnungsvoll begeisterte Stimmung ersticke als ich die Bar auffand.

Schon im OLA musste ich erleben wie nur Red Bull Mate zum Verkauf angeboten wurde. Und erneut wurde ich enttäuscht. Wobei der Begriff Enttäuschung nicht annähernd ausdrücken kann wie hintergangen ich mich gefühlt habe. Ich unterstütze diesen Antrag weil ich Folgegenerationen eine bessere Zukunft wünsche und für ein bedingungsloses Recht auf Mate.

R. K. aus WT

Konkret stellen wir folgende Forderung an die Geschäftsleitung der JUSO Schweiz:
An jeder JUSO Veranstaltung, an welcher eine Bar betrieben wird muss konsequent (feines) Mate angeboten werden! Wenn dies nicht möglich ist muss informiert werden, dass (feines) Mate selber eingekauft werden muss.
Genoss*innen hoch die Tassen

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annehmen.